

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 28. November 2022

Für eine Weltfreihandelszone der Demokratien

Wohlstand und Millionen Arbeitsplätze hängen in Deutschland vom Handel mit anderen Ländern ab. In Zeiten der Krise und unterbrochener Lieferketten wird dies deutlicher denn je. Freihandelsabkommen mit unseren Wertepartnern wirken dabei wie ein Konjunkturpaket und machen uns unabhängiger von Autokratien und Diktaturen. Sie helfen mittelständischen Betrieben und Hidden Champions ebenso wie großen Industriestandorten.

Deutschland muss daher als Fürsprecher des regelbasierten Freihandels auftreten und sich für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen stark machen. Gerade im Systemwettbewerb mit Autokratien und Diktaturen müssen Demokratien weltweit stärker zusammenstehen. Die Ratifizierung des Freihandelsabkommens der EU mit Kanada (CETA) ist ein wichtiger Schritt. Nun müssen weitere Handelsabkommen mit demokratischen Staaten folgen. Unser langfristiges Ziel muss eine Weltfreihandelszone der Demokratien sein – als Antwort auf Chinas Seidenstraßen-Strategie und die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP).

Und deshalb fordern wir Freie Demokraten:

1. Einen gemeinsamen freien Handel mit freien demokratischen Staaten. Wir brauchen eine **Weltfreihandelszone der Demokratien** von Chile bis Australien, basierend auf gemeinsamen Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Denn viele Länder in Lateinamerika, Afrika und Asien wünschen sich eine demokratische Alternative zu China.
2. Einen gemeinsamen **transatlantischen Wirtschaftsraum** zwischen der EU und den USA. Wir müssen ein Freihandelsabkommen mit unserem engsten Verbündeten vorantreiben. Deshalb brauchen wir hier so bald wie möglich einen neuen Anlauf. Der Inflation Reduction Act mit milliardenschweren Subventionen für die US-Wirtschaft führt aktuell allerdings zu Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der europäischen Wirtschaft. Statt einen Handelskrieg zu riskieren, müssen nun konstruktive Gespräche geführt werden, um in Zukunft mehr statt weniger Kooperation zu ermöglichen.
3. Eine zügige **Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den MERCOSUR-Staaten**. Die Verhandlungen wurden 2019 nach knapp 20 Jahren abgeschlossen. Bedenken müssen nun ausgeräumt werden und eine Ratifizierung zügig erfolgen.
4. Einen neuen Anlauf zu Verhandlungen einer gemeinsamen **Freihandelszone der EU mit allen ASEAN-Staaten**. Zurzeit laufende bilaterale Verhandlungen mit einzelnen ASEAN-Staaten halten

wir für wichtig. Ziel sollte aber auf lange Sicht ein umfassendes Abkommen zwischen den beiden Blöcken sein.

5. Zügige Verhandlungen und ein schnellstmögliches Inkrafttreten von **Freihandelsabkommen** mit Demokratien wie **Australien nach Vorbild des Abkommens mit Neuseeland**.
6. Die **Verhandlungen mit Indien konsequent voranzubringen**, damit wie geplant bis Ende 2023 ein gemeinsames Freihandelsabkommen finalisiert werden kann. Indien ist mit 1,4 Milliarden Bürgerinnen und Bürgern die größte Demokratie der Welt, ein aufstrebender und wichtiger Markt und in Teilen eine High-Tech-Nation. Die **Abkommen mit Chile und Mexiko sollten ratifiziert werden und in Kraft treten**. Auch **Freihandelsabkommen mit afrikanischen Staaten** müssen vorangebracht werden.
7. Die **Stärkung unseres gemeinsamen EU-Binnenmarktes**. Die europäischen Grundfreiheiten sind zentrale Elemente der europäischen Gemeinschaft und müssen verteidigt werden. Wir brauchen endlich einen Digital-Binnenmarkt und einen Energie-Binnenmarkt in der EU.